

NEUE STELLEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST DAUDERSTÄDT: PERSONAL AUSSTATTUNG WEITERHIN UNZUREICHEND

Obwohl bei Bund, Ländern und Gemeinden in jüngster Zeit viele Stellen geschaffen – oder zumindest angekündigt - worden sind, bleibt die fehlende Personalausstattung aus Sicht des dbb eines der Hauptprobleme des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Gegenüber dem Handelsblatt (Ausgabe vom 11. August 2016) wies der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt erneut darauf hin, dass der allgemeine Personalmangel beim Staat nicht erst durch die Flüchtlingssituation entstanden ist.

Der aktuelle Personalmangel ist die Konsequenz aus einer über lange Zeit verfehlten Personal- und Sparpolitik, so der dbb-Chef. 'Die Funktionsfähigkeit des Staates wird deshalb aktuell auf eine harte Probe gestellt,' so Dauderstädt. Trotz einiger Personalverstärkungen würden bei Polizei, Schule und Verwaltung weiterhin Millionen Überstunden gemacht, ohne dass auch nur klar wäre, wie und ob diese jemals abgebaut werden könnten.

Eine Abfrage des Handelsblatts bei Bund und Ländern hatte ergeben, dass allein im Länderbereich in den vergangenen 12 Monaten 24 000 neue Stellen geschaffen worden seien, bei der Bundespolizei waren es 3 000.

Die mit Abstand meisten neuen Arbeitsplätze in den Ländern entstanden an Schulen, es folgen die Landespolizeibehörden, die Landesverwaltung und die Justiz. Seit 1995 sei die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zuvor allerdings um 13 Prozent von 5,3 auf 4,6 Millionen zurückgegangen.

Herausgeber: dbb Bundesleitung